

# Informationsfreiheit

## was wird neu, was bleibt beim Alten?

„Fit fürs neue Grundrecht auf Information“





# FORUM INFORMATIONSFREIHEIT

(FOI)

Nachfolgeprojekt des Blogs „Amtsgeheimnis.at“ (Barth, Sickinger)

Kampagne „Transparenzgesetz.at“ im Januar 2013

10.000 Unterstützer innerhalb kurzer Zeit

kurz danach: Regierung kündigt Umsetzung der Forderungen „noch vor dem Sommer“ an

Mehrere erfolgreiche Rechtsstreite vor den Höchstgerichten

Informationsfreiheitsgesetz beschlossen im Januar 2024, inkrafttreten September 2025, FOI als Experten im Verfassungsausschuss







# MARKUS „FIN“ HAMETNER

**Datenjournalist** früher DER STANDARD, Addendum, nun freiberuflich für uA Süddeutsche Zeitung und Dossier

**Mitinitiator, Kampagne Transparenzgesetz.at, Forum Informationsfreiheit (Vorstandsmitglied)**

**Projektleiter FragDenStaat.at**

**Erfolgreiche Rechtsstreite:** Eurofighter-Gegengeschäfte, Eurofighter-Verträge, Einsparungsvorschläge Stadt Wien, E-Mails & Kalendereinträge im Kanzleramt







# AGENDA

- Relevante Gesetzeslage vorher, nachher
  - Informationsrecht auf Anfrage
- Proaktive Veröffentlichung
- Rechtsdurchsetzung (-> Workshop)







# GESETZESLAGE VORHER

- **Art 20 B-VG**
  - Abs 3: Amtsverschwiegenheit (im Sinne von Geheimhaltungstatbeständen)
  - Abs 4: Auskunftspflicht
- **Auskunftspflichtgesetz 1987**
  - Frist (16 Wochen), Einschränkungen (Aufwand, Mutwilligkeit)
- **Ständige Rechtsprechung:**
  - Alles, was einer Akteneinsicht ähnelt, also







# GESETZESLAGE SEIT 1.9.

- **Art 22a B-VG**
  - Proaktive Veröffentlichungspflicht
  - Informationsbegehren
  - Geheimhaltungstatbestände (größtenteils unverändert, aber Abwägung stärker betont)
- **Informationsfreiheitsgesetz**
  - Fristen (4+4 Wochen), Gebührenfreiheit, Einschränkungen (Aufwand, Mutwilligkeit)







# INFORMATIONSBEGEHREN - VERGLEICH

## Anfragen an Behörden

	Vorher <small>Auskunftspflichtgesetz, Art 20 B-VG</small>	Nachher <small>Informationsfreiheitsgesetz, Art 20a B-VG</small>
Dokumente	nicht anfragbar <small>Judikatur: außer für „public watchdog“</small>	anfragbar
Frist	8 Wochen	4 + 4 Wochen
Anfragegebühr	grundsätzlich möglich	nur Aufwand für Kopien etc (vermeidbar)
Bescheid	6 Monate Gebührenpflicht möglich	2 Monate Gebührenfrei
Ausnahme- tatbestände	Teilweise nicht abzuwägen	Explizit abzuwägen <small>(Harm test, Public Interest test in den Erläuterungen)</small>
Umfang	Besorgung der übrigen Aufgaben der Verwaltung nicht wesentlich beeinträchtigt	die sonstige Tätigkeit des Organs [nicht] wesentlich und unverhältnismäßig beeinträchtigen
Mutwilligkeit	möglich	möglich

*"Mutwillig handle unter anderem,  
wer sich im Bewußtsein  
der Grund- und Aussichtslosigkeit,  
der Nutz- und Zwecklosigkeit seines  
Handelns an die Behörde wende"*

*bis zu 726 Euro*

***Mutwillensstrafe, §35 AVG***





# INFORMATIONSBEGEHREN - VERGLEICH

Anfragen an staatsnahe Unternehmen ohne Verwaltungsfunktion

	<b>Vorher</b> Auskunftspflichtgesetz, Art 20 B-VG	<b>Nachher</b> Informationsfreiheitsgesetz, Art 22a B-VG
<b>Frist</b>		
<b>Anfragegebühr</b>		
<b>Bescheid</b>		
<b>Ausnahme- tatbestände</b>		
<b>Umfang</b>		
<b>Mutwilligkeit</b>		





# INFORMATIONSBEGEHREN - VERGLEICH

Anfragen an staatsnahe Unternehmen ohne Verwaltungsfunktion

	<b>Vorher</b> <small>Auskunftspflichtgesetz, Art 20 B-VG</small>	<b>Nachher</b> <small>Informationsfreiheitsgesetz, Art 22a B-VG</small>
<b>Frist</b>		4 + 4 Wochen
<b>Anfragegebühr</b>		-
<b>Bescheid</b>		- (direkt Beschwerde bei Verwaltungsgericht)
<b>Ausnahme- tatbestände</b>		jene für Behörden + Wettbewerbsschutz
<b>Umfang</b>		wie bei Behörden
<b>Mutwilligkeit</b>		?





# PROAKTIVE VERÖFFENTLICHUNG

- Pflicht zur Veröffentlichung von Informationen „von allgemeinem Interesse“: **neu (außer für Studien, Gutachten)**
- für Verwaltung, Justiz, Parlamente
- außer bei Gemeinden < 5.000 EW
  - hier fällt auch Pflicht zur Veröffentlichung von Studien und Gutachten (ehem. Art 20 (5) B-VG)







# RECHTSDURCHSETZUNG

- Behörden: via Bescheid
- Unternehmen, Stiftungen etc: direkte Beschwerde nach negativer Antwort
- Via **Verwaltungsgericht**
- früher **6 Monate**, nun **2 Monate** Entscheidungsfrist für das Gericht (früher auch oft nicht eingehalten), Durchsetzung über Fristsetzungsantrag an VwGH (Anwaltpflicht)
- -> **Workshop**







# INFORMATION DRITTER

neue Regelung § 10 IFG

- Von Anfrage Betroffene werden in vage definiertem Verfahren nach Möglichkeit (an)gehört
- So erfahren Dritte von einer Anfrage ggf. ohne, dass Anfragersteller dies weiss
- Vage mögliche Ausnahme für Journalist:innen („public watchdogs“), aber Entscheidung ob Ausnahme zur Ausübung der Meinungs- bzw. Informationsfreiheit notwendig ist obliegt Behörde







## Forderungen 2013

**TRANSPARENZ  
GESETZ.AT**

*Wir wollen's wissen.*

*Informationsbeauftragte:r*

*... im zentralen Online-Register*

*proaktive Veröffentlichungspflichten*

*Zugang zu Dokumenten & Informationen*

*Recht auf Wissen*







# FÜR FEINSPITZE

Welche staatlichen Unternehmen sind mangels Rechnungshofprüfung nicht anfragbar?

Informationsbegehren an berufliche Interessensvertretungen (WKO, Arbeiterkammer, Ärztekammer etc)

Wo endet die Justizverwaltung?

(Justiz fällt nicht unter IFG, Justizverwaltungsschon -> Weisungen der Bundesministerin ggf. nicht anfragbar?)





## FRAGEN:

<https://fragdenstaat.at/>

## SPENDEN:

<https://fragdenstaat.at/spenden/>

## FOLGEN:

<https://fedl.at/@informationsfreiheit>

@infofreiheit.bsky.social

<https://informationsfreiheit.at/newsletter/>

## HELFEN:

[office@informationsfreiheit.at](mailto:office@informationsfreiheit.at)